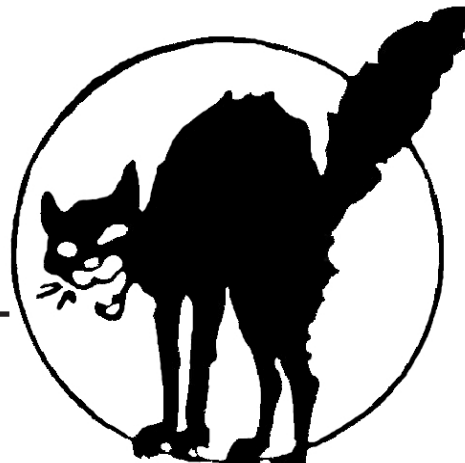


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Der Landesstreik 1918 Teil 2

Die Konfrontation bahnt sich an

Am 9. November 1918 trat die Schweizer Arbeiter_innenschaft in den landesweiten Generalstreik. Der zweite Teil behandelt die angespannte internationale Lage anfangs November, die geplante Konterrevolution der Regierung und den Beginn des Landesstreiks: Den Proteststreik und den Zürcher Generalstreik.



Zusammenfassung des ersten Teils¹: Die Schweiz blieb im Ersten Weltkrieg vom aktiven Kriegsgeschehen verschont, bzw. hatte sich durch Handel mit beiden Seiten freigekauft. Während Landwirtschaft und Kriegsindustrie profitierten, war es gerade die (arbeitende) Unterschicht, welche unter den Nebeneffekten des Krieges litt: massive Inflation, Militärdienst ohne Erwerbsausfallsentschädigung und politische Repression im Inneren. Anfangs wurde in Europa im Kriegstaukel mit wenigen Monaten Krieg gerechnet, da sich gerade mit der weiterentwickelten Artillerie die Kriegsführung geändert hatte. Doch genau dieser Fortschritt entpuppte sich als nicht endender Horror. Es folgten endlose Schützengrabenkämpfe ohne wirkliche Gebietsgewinne an der Westfront, dafür gab es Millionen Tote, Verwundete und Traumatisierte.

¹ siehe dazu detaillierter auch *di schwarzi Chatz* #52 vom Mai/Juni.

In der Schweiz nahmen die Proteste mit der Kriegsdauer zu. Unter anderem weil sich viele Menschen aus den kriegsführenden Ländern in der Schweiz befanden, vor allem exilierte Linke. Im Februar 1918 wurde das Oltener Aktionskomitee (OAK) als Bindeglied zwischen Sozialdemokratischer Partei Schweiz (SPS) und den Gewerkschaften gegründet und riss immer mehr Befehlsgewalt an sich. Angesichts der weiteren Teuerung hatte das OAK bereits zweimal mit Landesstreik gedroht. Besonders die Gewerkschaftsspitzen standen jedoch einem tatsächlichen Generalstreik skeptisch gegenüber, da sie diesen – berechtigterweise – als Kampfmittel betrachteten, welches den revolutionären Abweichler_innen Zuwachs bringen könnte. Die Revolutionären in Zürich und dessen Gewerkschaftsbund, die Arbeiterunion, der sich auch zunehmend als revolutionär verstand, gerieten in den Fokus des Staates.

(weiter auf Seite 2)

November/Dezember 2018

Nr. 55, 10. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Unterstützung für das Espace Noir 3

Das Espace Noir in St. Imier ist seit langem ein wichtiges libertäres Zentrum im Berner Jura. Nun braucht es deine Hilfe.

Bauarbeiter_innen wehren sich gegen Schinderei 3

Die Zentralgewerkschaften sind in der Defensive, trotz der Arbeitskampfbereitschaft vieler Búezer_innen.

Chemnitz als Spiegel der Klassenkämpfe in Deutschland 5

Der Faschismus ist wieder präsent in Deutschland. Wie könnte eine linke Antwort aussehen?

Hambi bleibt! 7

In der Nähe von Köln kämpfen Umwelt-Aktivist_innen gegen den Kohleabbau von RWE und für den Erhalt eines uralten Waldes.

Und die Demo lief doch! 10

Die Gegendemonstration gegen den „Marsch fürs Läbe“ in Bern wurde zum Spielball zwischen Polizei und Gemeinderat.

Rubriken

Kultur 15
Rechtliches 16

Am 9. November jähren sich gleich zwei Ereignisse: Vor hundert Jahren kam es in der Schweiz zum Proteststreik, dem Beginn des Landesstreiks, welcher bereits am 14. November wieder abgebrochen wurde und in einem Desaster für die Arbeiter_innenklasse endete (siehe Frontartikel). Gleichzeitig zerbrach das deutsche Kaiserreich unter dem 1. Weltkrieg und dem internen Klassenkampf. Die Revolution breitete sich anfangs November 1918 rasend über das Land aus und führte am 9. November zur Abdankung des Monarchen und somit zum Ende des Kaiserreichs Deutschland. Was für Deutschland folgte, war eine Zeit intensiver Klassenkämpfe, des Verrats der SPD an den Arbeiter_innen und danach des Aufstiegs Hitlers und der Nationalsozialistischen Deutschen „Arbeiterpartei“ NSDAP.

Und damit kommen wir zum zweiten tragischen Jubiläum: Am 9. November 1938, 20 Jahre nach dem Zerfall der Monarchie, kam es im sogenannten „Dritten Reich“ unter den Nazis in ganz Deutschland zu Pogromen gegen Jüd_innen und politischen Gegner_innen. Es war der Anfang der systematischen Verfolgung und Auslöschung von über 6 Millionen Jüd_innen und Millionen politisch unliebsamer Menschen unter den Nazis.

80 Jahre später brandet eine neue Welle von Fremdenfeindlichkeit und Totalitarismus über den Westen. Jair Bolsonaro, Donald Trump, Orban etc.; Die Scharfmacher sind wieder an der Macht. Gleichzeitig sollte es für die Linke auch ein Zeichen sein, dass die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit diesem System steigt. Überlassen wir die Menschen nicht diesen Wölfen im Arbeiter_innenpelz! Was uns jetzt noch helfen kann, sind nicht avantgardistische linke Führer_innen und elitäre Diskussionen, weder Parlament noch Partei, sondern auch die Massenorganisation, Vernetzung und gegenseitige Hilfe aller Unterdrückten. Und wo ist es besser anzufangen, als bei deinem Arbeitsplatz? Die Revolution wird basisdemokratisch oder sie wird nicht sein.

**Solidarische Grüsse,
eure Fauistas**

Landesstreik Teil 2 (von Seite 1)

Erste Streikandrohungen

Die Konfrontation – der Landesstreik, welcher das Land fast in den Bürger_innenkrieg stürzte – kam nicht aus dem Nichts. Das Oltner Aktionskomitee OAK hatte bereits im April gegen eine massive Milchpreiserhöhung durch den Bundesrat protestiert. Schon damals wurde ein Generalstreik angedroht, für den Fall dass die Verordnung nicht bedingungslos zurückgezogen würde. Schliesslich stimmten OAK, Partei und Gewerkschaftsleitung jedoch einem faulen Kompromiss zu und ertreten Anfeindungen und Vorwürfe we-



Mitglieder des OAK vor den Landesstreikprozessen. Das OAK bestand grösstenteils aus Männern.

gen Verrats an der Arbeiter_innenklasse. Ende Juli kam die zweite Generalstreikandrohung, sollte der Bundesrat nicht genügend auf 11 moderate Forderungen des OAKs eintreten. Es wurden konkrete Vorbereitungen für einen Landesstreik vorangetrieben, doch das OAK einigte sich mit dem Bundesrat. Der Graben zwischen OAK, dem noch gemässigeren und dem revolutionären Flügel der Arbeiter_innenbewegung klappte immer mehr auf. Das OAK hatte viel Vertrauen verspielt. Mittlerweile entlud sich die Wut der Arbeiter_innen schweizweit immer mehr in Streiks, Sabotageakten, Krawallen und kleineren Unruhen. Die Arbeiter_innen drängten auf grössere Aktionen wie einen Generalstreik, doch das OAK wartete ab, bremste sogar.

Der Staat rüstet sich

Währenddessen war die Gegenseite nicht untätig. Bundesrat und Militär gründeten im August ein Anti-Generalstreikkomitee, welches Gegenmassnahmen vorbereitete

und vom Bundesrat absegnen liess. Dabei waren Vertreter des Polizei-, Militär- und Eisenbahndepartements. Viele Massnahmen, welche knapp vor und während des Landesstreiks verordnet und ausgeführt wurden, waren in diesem Komitee bereits detailliert geplant worden. Während das OAK in der Zwischenzeit seine Pläne für einen Landesstreik verstauben liess, arbeitete der Staat fleissig daran, den Arbeiter_innen zuzukommen.

Ende September: Der Banken-Generalstreik in Zürich

Ende September 1918 schien der Krieg für die Mittelmächte immer aussichtsloser.

Teile der Bevölkerung riefen nach einem radikalen Wandel, besonders in Deutschland. Währenddessen traten am 30. September die Bankangestellten in Zürich in den Streik für mehr Lohn. Die Arbeiter_innenunion Zürichs entschied sich, unterstützend in den Generalstreik zu treten. Viele weitere Arbeiter_innen legten aus Solidarität die Arbeit nieder. Der Streik endete mit einem vollen Erfolg, da die Zürcher Regierung die Banken dazu gedrängt hatte, auf

Verhandlungen einzugehen. Die Arbeiter_innen hatten gewonnen.

November: Die Mittelmächte zerbrechen

Schon im September liess das Militär Deutschlands durchblicken, dass der Krieg aussichtslos und der Waffenstillstand auszuhandeln sei. Daraufhin nahmen die Unruhen in Deutschland zu, denn die Monarchie war offensichtlich gescheitert. Die angekündigte Demokratisierung des deutschen Reichs – das Zuckerbrot an die Bevölkerung – kam zu spät.

Ende Oktober überschlugen sich die Ereignisse in Deutschland. Trotz der angekündigten Waffenstillstandsverhandlungen sollte die Hochseeflotte anfang November ein letztes Mal gegen Grossbritannien ziehen. Doch die Matrosen wollten sich nicht für ein Himmelfahrtskommando hingeben und begannen zu meutern.

(Fortsetzung auf Seite 12)

Unterstützung für das Espace Noir

Das Espace Noir in St. Imier ist in finanziellen Nöten. Deine Unterstützung ist gefragt!

Das Espace Noir („Schwarzer Ort“) ist ein soziokulturelles Zentrum mit libertärer Ausrichtung in der Kleinstadt St. Imier, einer frankophonen Gegend im Schweizer Kanton Bern. Bereits seit 1986, also seit über 30 Jahren in Selbstverwaltung geführt, ist das Espace Noir ein fester Bestandteil des kulturellen sowie politischen Lebens der Gegend. Dabei hat sich das Kollektiv im Laufe der Zeit immer wieder auch aktiv politisch betätigt, sei es antimilitaristisch, feministisch oder syndikalistisch. Das EN ist dabei „Werkzeug“

welches es den beteiligten Menschen und Gruppen erlaubt die Anzahl möglicher Antworten auf ein Transformation zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft zu erhöhen. So sind neben Anarchist_innen, auch Ortsansässige und Praktikant_innen der sozialen Hochschulen im EN tätig. Diese Diversität hängt mit dem offenen und pluralistischen Ansatz des EN zusammen, das nicht nur Anarchist_innen offensteht sondern tendenziell allen.

Daher sind auch Anarchist_innen, Ortsansässige, Praktikant_innen der sozialen Hochschulen, Laien und Künstler_innen im EN tätig. Diese Vielfalt ist möglich Dank des offenen und pluralistischen Ansatzes des Kollektivs. Die Beteiligung an

der Verwaltung und dem Betrieb ist nicht ausschliesslich den Aktivist_innen vorbehalten, sondern offen für alle. Dasselbe gilt für die Klientel in der Taverne.

Das Espace Noir umfasst verschiedene Gruppen, welche neben der Taverne, auch kulturelle Programme organisieren (Kino, Theater, Konzerte, Galerie), eine

Buchhandlung/Infoladen und einen kleinen Fair-Trade-Laden.

Das Espace Noir war 2012 sehr wichtig für das Gelingen des *Rencontre Internationale Anarchiste* (RIA), welches 140 Jahre nach der Gründung der antiautoritären Internationale, in deren Gründungsort St. Imier organisiert wurde und rund 4000 Teilnehmende aus der ganzen Welt anlockte.

Aufgrund gestiegener Kosten und geringeren Umsatzes in der Taverne ist das Projekt aber gefährdet und benötigt die Unterstützung der Libertären/Anarchist_innen. Unterstützt das Espace Noir, indem ihr die Veranstaltungen besucht, spendet oder Mitglied in der *Association Culture à Espace Noir* (ACEN) werdet, auf dass diese Bastion des aktuellen Anarchismus im Jura nicht verschwindet!

Espace Noir, rue Francillon 29,
2610 St-Imier, Suisse
Banque Cantonale Bernoise / Berner Kantonalbank
IBAN : CH92 0079 0016 3141 5106 6 -
BIC/SWIFT : KBBECH22XXX



Bauarbeiter_innen wehren sich gegen Schinderei

In den nächsten Wochen wird über einen neuen Landesmantelvertrag (LMV) für das Baugewerbe verhandelt. In einigen Regionen wurde gestreikt und demonstriert, doch wie so oft sind die Forderungen der Zentralgewerkschaften Unia und Syna sehr zurückhaltend, um nicht zu sagen defensiv.

Jedes Mal, wenn im Baugewerbe der Landesmantelvertrag ausläuft oder vom Baumeisterverband (SBV) gekündigt wird, passiert das Gleiche: Der SBV feuert aus vollen Rohren gegen die „Sogwirkung“, die angeblich „zu starren“ und „zu stark ausgebauten“ Regelungen des Vertrags, wie z.B. Gian-Luca Lardi, Präsident des SBV, im Februar 2018 in einem von ihm verfassten Kommentar im Tages-Anzeiger. Und die Zentralgewerkschaften machen das Männchen, damit die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht

ganz so schlecht werden, wie vom SBV – oder der SVP – gefordert wird.

Doch das Problem liegt woanders: Die Verträge werden von mal zu mal schlechter, da helfen auch die vom SBV gnädig gewährten kosmetischen Erfolgchen nicht drüber hinweg. Und auf vielen Baustellen werden die Verträge noch nicht einmal eingehalten. Vor allem temporäre Bauarbeiter_innen können sehr gut unter Druck gesetzt werden, da die Chefs der Temporärfirmen und diejenigen der Baufirmen per du sind und die Sklaventreiber_innen im Arbeitsvermittler_innengewand auch schön darauf achten, dass die Ware nicht schlecht wird: Also dass die vermittelten Buezer_innen brav und produktiv arbeiten. Das führt dann zu Szenen, wie der folgenden: Um halb sieben Uhr morgens – zu diesem Zeitpunkt müssen alle dort sein, aber bezahlt wird erst ab sieben Uhr – ist eine handvoll

Temporärer verschiedener Büros vor dem Gebäude der Von Tobel Abbruchfirma versammelt; der Chef lässt sich zwanzig Minuten lang nicht blicken und verkündet dann: „Auf der Baustelle Burgerspital wird zehn Stunden pro Tag gearbeitet, wem das nicht passt, kann gehen.“ Da stehst du als Temporärer erstmal ziemlich verloren da. Und auch wenn du weisst, dass deine Kündigungsfrist für den Einsatz zwei Tage beträgt und du also für die zwei Tage Lohn erhalten solltest ist das ein schwacher Trost: Das Temporärbüro lässt dich schon spüren, dass es „schlechte Ware“ nicht vermittelt. Etwa, wenn du nachfragst, ob das Büro nicht die Kosten für die Sicherheitsschuhe und die Arbeits-hosen übernehmen müsste und dir der oberste Sklaventhaler ausrichten lässt, dass du froh sein solltest, überhaupt einen Job vermittelt zu bekommen. Stinkfrench

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bauarbeiter_innen (von Seite 3)

und dreist, ja. Aber riskierst du mehrere Wochen Lohn für die etwas über hundert Franken für die Ausrüstung?

Man müsste und man sollte, ja. Aber in solchen Situationen sind die Zentralgewerkschaften sehr weit weg, denn da hilft kein Trillerpfeifen und keine rotweisse Fahne und kein vorgedrucktes Transparent. In solchen Situationen hilft nur ein gemeinsames Bewusstsein bei vielen und sich dann selbst zu organisieren. Also längerfristige Knochenarbeit. So dass die Leute in diesen Situationen hinstehen und „Leck mich!“ sagen können, weil sie wissen, dass der/die nächste das selbe sagen wird. Ein Gesamtarbeitsvertrag ist ein Waffenstillstandsabkommen und nicht in Stein gemeisseltes Gebot: Wenn eine Seite das Kämpfen verlernt, werden die Stellungen überrannt. Oder mit anderen Worten: Wenn nicht auf der Arbeit Tag für Tag für die Einhaltung und Verbesserung des Vertragsinhalts eingestanden wird, ist der Vertrag nicht mal das Papier wert, auf dem er gedruckt wird.

Glaube nicht dem SBV

Der SBV dominiert, auch mit Hilfe der Millionärsparteien FDP und SVP, meistens den Ton in den Medien. Zum Lohn ist die Haltung des SBV seit Jahren die gleiche: Wenn er nicht runtergeht ist er zu hoch: „Der tiefste Mindestlohn im Bauhauptgewerbe liegt heute bei 4500 Franken für einen ungelernten Hilfsarbeiter. Wir dürfen den GAV nicht immer noch attraktiver machen, was die Arbeit verteuert und die Arbeitnehmenden selber unter unerwünschten Druck setzt“. 4500 Franken für eine_n Hilfsarbeiter_in klingt nach viel, die Hilfsarbeiter_innen sind aber meistens die, welche die härteste Arbeit erledigen: Mauern zerdeppern, Schutt wegtragen, Für die Maurer_innen Steine und Mörtel tragen, Zementsäcke schleppen, Schaufeln, ... Dies führt dazu, dass sich oft Verschleisschäden an Knie, Rücken und Schultern entwickeln. Bauarbeit nunmal kein 9-to-5-Job in einem wohltemperierten Glaspalast. Dazu kommt, dass die Hilfsarbeiter_innen in vielen Fällen nur für die Bausaison angestellt werden und der Lohn de facto halbiert wird. Im Wallis etwa, einer Region mit starkem Wintertourismus, steigt die

Arbeitslosigkeit im Winter markant an. Der Präsident des kantonalen Baumeisterverbands, Jean-Marc Furrer, gab 2014 gegenüber den Medien offen zu, dass die Bauarbeiter_innen für das Winterhalbjahr entlassen werden¹. Zu hohe Löhne? Definitiv, aber in der Teppichetage des SBV!

Bei einem anderen Thema greift der SBV gerne auf Taktiken zurück, auf die schon seine Vorgänger vor über hundert Jahren zurückgegriffen haben: Teile und herrsche! Die schweizerischen (oder regionalen) Bauarbeiter_innen werden verbal gehätschelt, während auf die nicht-schweizerischen (oder aus einer anderen Region stammenden) Arbeiter_innen eingedroschen wird. Nochmals der SBV-Präsident Lardi: „Arbeitslose Bauarbeiter dürfen gemäss gültigem GAV nicht unter ihrer letztbezahlten Lohnklasse eingestellt werden. Dies erhöht den Druck auf ältere Arbeitnehmer. Die Versuchung ist gross, dass Arbeitgeber jüngere Kräfte in den unteren Lohnklassen im Ausland rekrutieren. So landen viele ältere Arbeitnehmende in der Arbeitslosigkeit, obwohl sie – auch aufgrund ihrer abnehmenden Leistungsfähigkeit – bereit sind, weniger zu verdienen. Der heutige GAV verunmöglicht aber flexible Lösungen im Interesse der Mitarbeiter“ und „in unserer Branche haben wir 10 Prozent Arbeitslose bei ausländischen Arbeitskräften. Gleichzeitig leisten wir uns hohe Unterschiede bei den Lohnkosten. Sie liegen im Tessin 40 Prozent über denen der Lombardei“². Was unterschlagen wird: Die Chef_innen müssen die Italiener_innen ja nicht zu den tieferen Löhnen anstellen, sie können auch um einiges höhere Preise in der Schweiz verlangen. Genau das gleiche Gesabber der Bauunternehmer war 1893 der Auslöser für die Käfigturmkrawalle³.

¹ <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Ueber-14-Prozent-arbeitslose-Auslaender-im-Wallis/story/10481654>

² <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/standard/Das-Baugewerbe-braucht-einen-wettbewerbsfaehigen-GAV/story/27775800>

³ weitere Infos unter: <http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/d/D17247.php>

Die Absicht des SBV hinter dieser Strategie ist glasklar: Wenn die Baubüezer_innen sich gegenseitig für ihre schlechte Lage beschuldigen, wird niemand dem SBV aufs Dach geben und seine Mitglieder können in aller Ruhe Millionengewinne einfahren.

Weg mit den „realistischen“ Forderungen!

Um diese Probleme anzugehen, sollten wir in die Offensive gehen: Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich



Einbetonierte Uhr vor dem Sitz des SBV in Bern im Zuge des Streiks am 1. November.

wäre ein erster Schritt gegen die ständige Ausdehnung und Flexibilisierung der Arbeitszeit. Massive Entschädigungszahlungen für jede verletzte Arbeiterin und für jeden getöteten Arbeiter wäre ein erstes zaghaftes Schrittchen, um die Arbeitshetze zu reduzieren. Die Forderung, dass die Baumeister_innen den flexiblen Altersrücktritt komplett selber bezahlen müssen, wäre eine einigermaßen angemessene Antwort auf das herablassende Gewäsch des SBV-Präsidenten. Und gegen die Konkurrenz an der Grenze könnten als flankierende Massnahme die Gewerkschaften der Lombardei dabei unterstützt werden, Schweizer Löhne durchzusetzen.

Aber von solchen Forderungen ist auch in der heissen Phase des Vertragsaushandlungstanzes nichts zu hören. Der SBV

verunglimpft alle und jeden und die Zentralgewerkschaften stellen „realistische“ Forderungen. Und tauschen dann einige dieser Forderungen im „Verhandlungsprozess“ gegen die Erfüllung anderer. Kein Wunder ist bei vielen Bauarbeiter_innen das Feuer für die Gewerkschaften erloschen.

Kampfgeist wäre vorhanden

Gerade dieses Jahr hat gezeigt, dass der Wille zu Arbeitskämpfen bei den Bauarbeiter_innen da ist. Im Juni gingen 18'000 Menschen aus Protest gegen die Schänderei des SBV auf die Strasse. Seither wurde in Bern, La-Chaux-De-Fonds, Sion, Fribourg, Genf und im

Tessin gestreikt, Tausende schlossen sich den jeweiligen Streiks an. Angesichts der recht harmlosen Forderungen von Unia und Syna wirken gerade die Baustellenblockaden an den jeweiligen Streiktagen besonders komisch. Ein radikales Mittel für handzahme Forderungen?! Wer an den Streiks war, sieht auch, wie besonders die ausländischen Buezer_innen viel weiter gehen möchten, als sie die Zentralgewerkschaften gehen lassen. Diese Wut ist mehr als berechtigt. Was sich der SBV und die Chefs an Schinderei auf den Baustellen erlauben, ist unter aller Sau. Das ist dreckigster Klassenkampf von oben. Und solchen beantwortet man eben nicht mit kompromissbereiter Sozialpart-

nerschaft, sondern mit einem von unten organisierten Klassen- und Arbeitskampf über die Landesgrenzen hinaus.

Organisieren wir uns in Basisgewerkschaften, wie der FAU oder der IWW und kämpfen wir auf jeder Baustelle für die Verbesserung unserer Lage, bis die Chefs kreidebleich werden, wenn sie mehr als zwei Bauarbeiter_innen aufs Mal sehen. Erkämpfen wir uns jedes Jahr mehr Lohn, mehr Ferien, weniger Arbeitszeit, bis jede Baufirma denen gehört, welche die Arbeit tatsächlich machen: Den Bauarbeiter_innen selbst!

smf

Chemnitz als Spiegel der Klassenkämpfe in Deutschland

Die Ereignisse in und nach Chemnitz werfen die Frage des antifaschistischen Kampfes in der Bundesrepublik neu auf. Der Rechtsruck der vergangenen Jahre manifestiert sich immer mehr in einer faschistischen Strassenbewegung, die zum ersten Mal mit der AfD eine Führung haben könnte, die in den Landesparlamenten und im Bundestag verankert ist. Angesichts dessen stellt sich die Frage: Wie können revolutionäre Linke den Rechtsruck zurückschlagen und den Faschismus bekämpfen? Eine solidarische Replik auf Can Yildiz¹.



Sachsen ist nicht nur das Bundesland mit der stärksten faschistischen Bewegung, das durch Schlagwörter wie Pegida, Heidenau, Freital, Clausnitz und jüngst auch Chemnitz immer wieder für negative Schlagzeilen sorgt. Es ist auch das Bundesland in dem ein paar der eindrucklichsten Arbeitskämpfe der vergangenen Jahrzehnte stattfinden. Die Kolleg_innen von Halberg Guss, einem Automobilzulieferer, haben ganze sechs Wochen am Stück unerbittlich gestreikt. 700 Beschäftigte sollen im März 2019 ihren Job verlieren, weil das Werk dicht macht. Derart langanhaltende Streiks sind in Deutschland selten – eine weitere leuchtende Ausnahme machten da die Kolleg_innen der Vivantes

Service Gesellschaft, die sogar 51 Tage am Stück streikten. Der Streik bei Neue Halberg Guss hat deswegen einen eindrucklichen Charakter, weil er fast schon einer Fabrikbesetzung gleichkam, da die gesamte Belegschaft in den Ausstand trat. Möglich war dies nur, weil es einen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von nahezu 100 Prozent (!) gibt.

Der gesellschaftliche Widerspruch drückt sich damit in diesem Bundesland par excellence aus. Hier eine enorm kämpferische Belegschaft, die über Landesgrenzen hinweg den Kampf um ihre Arbeit aufnimmt und mit ihrem Streik für Produktionsausfälle sorgt und damit die gewaltige objektive Kraft der Arbeiter_innenklasse zeigt — dort eine faschistische Bewegung, die nicht nur nach dem Mord an Daniel H. Hetzjagden durchführt, sondern in Form von „Bürgerwehren“ fa-

schistische Milizen aufbaut, die für „national befreite Zonen“ und „Schutzzone für Deutsche“ sorgen will.

Beispielhaft ist hierzu auch die jüngst festgenommene Gruppe „Revolution Chemnitz“, eine faschistische Terrorbande, die nicht nur den Umsturz der BRD planen wollte, sondern selbst aktiv wurde in Form von einer Miliz, welche regelmäßig durch Chemnitz patrouillierte und Migrant_innen angriff.

Hier haben wir eines der wesentlichen Merkmale einer faschistischen Bewegung: Sie stellt das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates in Frage, flankiert mit eigener Gewalt jene des bürgerlichen Staates gegen Linke, Arbeiter_innen und Migrant_innen. Sie will nicht mit dem Instrumentarium der bürgerlichen Gewalt (Polizei, Justiz, Armee) ihre Feinde zerschlagen, sondern

(Fortsetzung auf Seite 6)

¹ Der Artikel von Can Yildiz erschien zuerst beim Lower Class Magazine unter <http://lowerclassmag.com/2018/10/deutschland-den-deutschen-was-tun-nach-chemnitz/>

durch eigenen Netzwerke, die natürlich teilweise mit dem deutschen Staat zusammenarbeiten und perspektivisch den Staat übernehmen. Der bürgerliche Staat samt der Diktatur der Bourgeoisie bleiben dabei — jedoch in anderer Form — erhalten. Deswegen ist auch jedes Gerede von einer „Revolution“ oder einem „nationalen Sozialismus“ nichts weiter als Demagogie, da die kapitalistische Ordnung auch unter den Faschist_innen aufrecht erhalten bleibt.

Yildiz stellt in seinem Artikel zu Recht fest, dass Nazis auch nach 1945 nicht die Ausnahme, sondern die Regel darstellten. In der Tat verwundert es heute kaum, dass sie auch im Staatsapparat repräsentiert sind und dass ein Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz die Nazis auf den Strassen von Chemnitz schützt. Diese Tatsache wirft die Frage auf, wie die revolutionäre Linke nicht nur zum bürgerlichen Staat, sondern auch zu seiner hegemonialen Ideologie, dem Liberalismus (Punkt 3), stehen sollten. Es ist gleichzeitig auch die alte Frage von Reform oder Revolution, wo Yildiz die Frage nach der revolutionären Ideologie (Punkt 2) einer Organisation aufwirft. Wir sind uns wohl mit Rosa Luxemburg darüber einig, dass eine revolutionäre Organisation „[in] der bürgerlichen Gesellschaft [...] dem Wesen nach die Rolle einer oppositionellen Partei vorgezeichnet [ist], als regierende darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.“ Wir setzen auch Punkt 1 („Bin ich organisiert?“) voraus, doch die Frage nach dem revolutionären Charakter beinhaltet nicht nur die Ideologie, sondern auch und vor allem *das Programm*. Entgegen vielen vulgärmarxistischen Vorstellungen bedeutet nämlich ein revolutionäres Programm nicht nur die bloße Wiederholung der Prinzipien des Kommunismus wie Antikapitalismus, Diktatur des Proletariats und Sozialismus, sondern die Kombination von Minimal- und Maximalforderungen in Theorie und Praxis. Was ist damit gemeint?

Gesteigerte Agitation und Vernetzung

Am ehesten drückt sich diese Umsetzung des revolutionären Programms in Punkt 4 aus: „Machen wir eine solide Massenarbeit? Wir sollten nicht gegen, sondern um die Gesellschaft kämpfen.“ Einmal un-

abhängig davon, ob wir es „Massenlinie“ nennen oder nicht, ist es völlig richtig, dass man sich an den Problemen der Gesellschaft orientieren muss. Doch Yildiz versäumt es hier, und das ist die grösste Schwäche des Artikels, dies näher zu konkretisieren und eben die Probleme der Gesellschaft klar und deutlich zu benennen: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, stagnierende Löhne, rassistische und sexistische Diskriminierung, fallende Renten prekäre Arbeitsbedingungen und so vieles mehr.



Die andere Seite Sachsens: Die Arbeiter_innen von Halberg Guss traten fast geschlossen über mehrere Wochen in den Streik.

Die Antworten auf diese Probleme gibt es aber ebenfalls und sie werden gerade von den Linken viel zu selten thematisiert: Es sind die Kämpfe bei *Ryanair*, *Real*, *VSG* oder das eingangs erwähnte Beispiel bei *Neue Halberg Guss*, welches die Extremform darstellt, da es um die Lebensexistenz von 700 Kolleg_innen geht. Es sind die Kämpfe der Migrant_innen (Punkt 5) und Frauen (gänzlich ausgeklammert bei Yildiz), welche heute im Zentrum wichtiger Klassenkämpfe stehen. Erst letzte Woche gingen erstere gegen einen korrupten Diktator, Recep Tayyip Erdogan, auf die Strassen. Respektive gingen vor allem Frauen in Berlin am 22. Oktober gegen reaktionäre Fundamentalist_innen und für ihre Abtreibungsrechte auf die Strasse. Jene erwähnten Sektoren sind die „organisierten, politisierten und kämpfenden Massen“. Es ist aber von eminenter Bedeutung, dass die revolutionären Linken nicht nur in diese Kämpfe intervenieren, sondern dies auch mit einem Programm tun: Gewiss, es ist nett, einen Arbeitskampf zu besuchen, aber von viel grösserer Bedeutung sind die (sozialen wie demokratischen) Forderungen, die verbunden mit einer Kampfstrategie den Sieg erringen können. Angesichts einer Senkung des Rentenni-

veaus auf nur noch 48 Prozent bei gleichzeitiger Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre, stagnierender Reallohnentwicklungen, angesichts dessen, dass bereits 40 Prozent der Arbeitsverhältnisse prekär sind (Tendenz steigend) — angesichts dessen ist es legitim von einer sozialen Misere in Deutschland zu sprechen, die wiederum den Boden für den Faschismus bereitet. Addiert mit der Tatsache, dass nach der bürgerlichen Restauration 1989/90 die ehemalige DDR in Rekordtempo deindus-

tralisiert wurden und jene soziale Misere dort nochmals grösser ist, erscheint es nicht verwunderlich, dass die faschistische Bewegung dort am stärksten ist.

Mehr denn je ist es also notwendig, in die bestehenden Kämpfe mit einem sozialen Programm zu intervenieren und als Ausgangspunkt für eine weitere Politisierung zu nehmen. Denn ja: „Viele versuchen noch nicht einmal ihre eigenen Familien, Nachbarn oder Arbeitskollegen politisch auf unsere Seite zu ziehen“.

Gerade das wird aber notwendig sein und es wird umso besser gelingen, wenn eine Strategie zur Überwindung der sozialen Misere vorgelegt wird. Um die Ziele dieses sozialen Programms (Lohnerhöhungen, Ende von prekären Arbeitsverhältnissen, gesicherte und erhöhte Renten) zu erreichen, ist es notwendig, mit den Methoden und Taktiken der Einheitsfront zu arbeiten und in den Massenorganisationen der Beschäftigten sowie der Basis der reformistischen Parteien zu intervenieren.

Hovhannes Gevorkian

*erschienen auf der Homepage des
Lower Class Magazine
unter www.lowerclassmag.com*

Hambi bleibt!

Der Kampf zwischen Umweltschützer_innen und der Kohleindustrie fand in der Schlacht um den Hambacher Forst seinen vorläufigen Höhepunkt. Und während sich beide Seiten auf die nächsten Kämpfe vorbereiten, rekapitulieren wir kurz, was bisher geschah.

Am Anfang war der Buchenwald

Das ist die Erde. Wir sehen sie gerade aus dem Weltall, wie sie unter uns rotiert. Der blaue Planet. Gigantische Ozeane, riesige Kontinente, gewaltige Gletschermassen auf einen einsamen Kontinent. Dort, im heutigen Amerika und hier in der Schweiz, sehen wir die ersten Menschen, wie sich gerade die ersten Waffen aus Stein und Holz bauen. Der Beginn der Neuzeit. Das war vor 15'000 Jahren. Plötzlich beginnt sich die Welt zu verändern - wo gerade noch ein Mensch stand ist jetzt ein Haufen Asche, wo gerade noch das ewige Eis herrschte, beginnt die Natur sich den Planeten zu erobern. Die Sonne verschwindet am Horizon, geht wieder auf, immer schneller, die Erde rotiert – Zeitraffer.

Ein erster Grashalm kämpft sich aus dem eisigen Boden empor, bricht zusammen, breitet sich aus. Eine erste Blume blüht - Vergissmeinnicht! Und dann kommen die neuen Giganten, langsam kriechen sie zwischen den Halmen empor, erobern die Welt, das heutige Europa: Wälder über Wälder, soweit das Auge reicht. Sie sind die Grundlage für eine nie dagewesene Vielfalt von Leben: Säugetiere, Amphibien, Vögel, sie alle finden Schutz und ausreichend Nahrung, Wasser, Luft und einen Platz zum Schlafen. Die Evolution überschlägt sich. Und der Mensch? Jäger_innen und Sammler_innen.

5.000 Jahre später. Die Jäger_innen und Sammler_innen lassen sich nieder. Erste Siedlungen entstehen, Tiere werden domestiziert. Und der Wald wird dankbar als Grundlage für die neue Gemütlichkeit genommen, man nimmt, was die Natur einem gibt, und sie gibt viel.

5.000 Jahre später. Die Zeit bleibt nicht stehen. Aus Siedlungen wurden Städte, aus Barbar_innen wurden Hochkulturen, und weil es nicht mehr genügt, Tiere zu

domestizieren, versklaven sich die Menschen gegenseitig, überall auf dem ganzen blauen Planeten. Und der Wald wird dankbar als Grundlage für den neuen Wohlstand genommen, man nimmt, was die Natur einem gibt, und sie gibt viel.

Die Zeit schreitet weiter voran. Und man nimmt, und nimmt, was die Natur einem gibt. Und man nimmt. Und plötzlich sind wir hier angekommen, in unserer Zeit, kurz vor heute, im planetaren Massstab gesehen. Rekapitulation: Man nahm und nahm, und weil es nicht mehr reichte, was die Natur einen gab, fing man an den Planeten auseinander zu nehmen, wir nehmen und und nehmen, immer effizienter, immer tiefer, immer mehr, immer mehr, der Mensch will einfach immer mehr! Alle Menschen? Nein, es gibt sie da draussen, ein paar Leute, die meinen: Es reicht.



Aktivist_innen blockieren den Zugang zum letzten Baumhaus namens „Lorien“.

Anarchie im Hambacher Forst

Natürlich sind wir heute weiter. Die Umweltschutzbewegung ist (wieder) in der Masse angekommen. Dass etwas falsch läuft, ist längst mehr als ein Bauchgefühl. Jedem Menschen ist klar, dass irgendetwas getan werden muss. Aber auch die Probleme sind mehr als noch vor ein paar hundert Jahren. Hätte man damals einfach aufgehört, Wälder zu fällen, hätte man damals schon die Äxte kollektiv niedergelegt... Hätte man aufgehört den Planeten auszuhöhlen, hätte man schon vor 50 Jahren auf Plastik verzichtet, hätte... und so wird viel diskutiert. Über das für und wieder einer jeden Massnah-

me, über Sinn und Sinnlosigkeit – Aber diese Zeit schreit nach Taten, mehr als jede andere zuvor. Und so kamen vor sechs Jahren ein paar Freund_innen auf die Idee, in ein kleines Stück Wald zu ziehen. Und aus wenigen wurden viele.

Zum Glück ist man sich mittlerweile in einem Punkt einig: Etwas zu tun ist besser als nichts zu tun. Es gibt hier keine Diskussionen darüber, wie in Zeiten des kalten Krieges, ob man Flüchtenden aus dem Ostblock helfen soll oder nicht. Jeder geflüchtete Mensch destabilisiert das System, jede Seele, die der Sozialismus verliert gehört dem Kapitalismus. Nein - Diesmal gibt es nur ein Richtig, diesmal geht es nicht gegen das System, sondern für den Planeten. Längst fragt niemand mehr ob die Bio-Gurke im Plastik besser ist als die Monsanto-Gurke ohne Plastik, beides ist besser als die Monsanto-Gurke

in Plastik. Und wer nicht feige wegsterben will, um den verbrannten Planeten seinen Kindern zu hinterlassen, steht jetzt für die Erde auf. Und damit für sich selbst. Oder besetzt ein letztes kleines Stückchen unberührter Natur.

Der Wald wird besetzt

So geschehen im Hambacher Forst, wo sich in den letzten sechs Jahren circa 180 Aktivist_innen in einem zum Tode verurteilten Stück Natur niederliessen, um sich und ihrer Nachwelt ein kleines Utopia aufzubauen. Wieder und wieder

(Fortsetzung auf Seite 8)

wurden sie vertrieben, jedes Jahr wurde ein noch grösserer Teil des Waldes abgeholzt, bis es dieses Jahr für einige Träumer_innen auf Baumhäusern ums nackte Überleben ging. Aber wer sind diese Leute? Sie selbst beschreiben sich mit folgenden Worten:

„Wer sind wir? Vor sechs Jahren haben Menschen die erste Plattform in die Bäume des Waldes gezogen, um ihn zu besetzen. Damals wie heute sind wir ein bunt zusammen gemischter Haufen. Jede_r hier hat im einzelnen andere Beweggründe, Motivationen und Aktionsvorstellungen, aber uns verbindet alle der Wunsch Ausbeutung von Mensch und Natur entgegenzuwirken. Hier leben und wirken Menschen mit den verschiedensten Lebensentwürfen: einige leben seit Jahren ohne Papiere und Geld, andere studieren während sie hier leben und wieder andere lohnarbeiten die Hälfte des Jahres und verbringen die andere Hälfte hier. Der Ort wird dadurch geprägt, dass viele verschiedene Menschen kommen und gehen, bauen und kreieren, kämpfen und leben. Und zu ‚uns‘ gehören nicht nur die Besetzer_innen. Ohne das grosse Netzwerk an Unterstützer_innen wäre es nie möglich gewesen die Besetzung aufrecht zu erhalten. Dieses Netzwerk umfasst Anwält_innen und Ärzt_innen, Anwohner_innen mit warmen Duschen und einem grossen Herz, und unzähligen Menschen die zwar nicht hier wohnen, aber von zu Hause aus vieles tun um gegen Braunkohle und für eine gerechtere Welt zu kämpfen“

Kein zusammengewürfelter Haufen von Braunkohleverstromungsgegner_innen, keine Verrückten in Baumhäusern, sondern Leistungsträger_innen mit Potential im Kampf für ein besseres Heute und für ein Morgen ohne Ausbeutung von Mensch und Natur, die wie David gegen Goliath, Deutschlands mächtigste Industrie kämpfen. Dass das alles lange nur in kleinen Netzwerken bekannt war, braucht einen daher nicht zu wundern. Dass diese Netzwerke unbemerkt wuchsen, Massen mobilisierten und zuletzt sogar einen kleinen Sieg einführen, in dem sie das letzte Stückchen ihrer besseren Welt

retten konnten, wird hingegen in die Geschichte eingehen.

Räumung wegen „Brandschutz“

Es gibt viel zu wissen und viel zu erklären über die Gründe, warum die sofortige Stopplung der gigantischen Schaufelradbagger so wichtig ist. Die uralten Landschaften des Tagebaus Hambach wurden von den grössten von Menschen je gebauten Höllenmaschinen zerstört, die Braunkohle ist für über 30% des CO2 Ausstosses in Deutschland verantwort-



Die „Waldspaziergänge“ im Hambacher Forst sind gut besucht. Darin zeigt sich auch die erfolgreiche Mobilisierung gegen die Rodung.

lich und wird über Emissionshandel mit Ländern aus der dritten Welt gerechtfertigt. Deutschland ist das letzte Land Europas, das zum Wohle weniger an der überholten Energieform festhält, und weiterhin tiefer und tiefer gräbt. Die geneigten Leser_innen müssen hier aber leider auf eigene Recherchen verwiesen werden. Wir steigen an dem Punkt ein, an dem (nachweisbar) von den *Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerken* RWE reich beschenkte führende Politiker_innen des deutschen Bundeslandes Nordrhein Westfalen im Herbst dieses Jahres, aufgrund fehlender Feuerlöcher auf den Baumhäusern des besetzten Rest-Waldes, den grössten Polizeieinsatz der Geschichte ebenjenes Bundesland anordneten, um die fristgemäße Rodung des Hambacher Forsts zum Einhalten des 3-Jahresplans des Kohlemagnaten zu ermöglichen.

Und plötzlich ging alles ganz schnell. Nur diesmal ohne Zeitraffer. Tag X war gekommen, der Tag auf den man Monate lang gebangt gewartet hatte. Ein

unbestimmtes Datum, das irgendwann zwischen kleineren Demonstration in der Gegend um den Hambacher Forst und der Aktion „Ende Gelände“ (Ende Oktober) im Aktionskalender klein markiert wurde, mit dem Zusatz „Beginn der Massenmobilisierung“. Und keiner konnte es so recht glauben, dass gerade der Entscheid zur Räumung aus Brandschutzgründen angeordnet worden war. Wegen so einer Lappalie dürfen die doch dort nicht hin, sagten die Optimist_innen, und auch die Zweifler_innen waren sich sicher, so schnell passiert da nix, der Apparat muss

erst in Bewegung kommen. Einige dutzend Aktivist_innen gesellten sich in den Wald und errichteten Blockaden. Einen Tag später waren Hundertschaften der Polizei vor Ort.

Die Präzision der ersten Tage scheint unvergleichbar. Chirurgisch genau wurden Schneisen für Räumungsfahrzeuge geschlagen, Polizeipanzer, Hebebühnen und sogar eine eigens spezialisierte Polizeisondereinheit mit Kletterausbildung war mit vor Ort, um die Aktivist_innen aus den Bäumen zu holen. Berittene Polizist_innen und weitere Hundertschaften sicherten den Wald weiträumig um eventuelles Eindringen zu verhindern. Urlaubssperre für alle deutschen Polizist_innen. Und die Nachrichten überschlugen sich. Fast stündlich wurde von geräumten Baumhäusern und, in eigens vorbereitete Gefangenensammelstellen, verschleppten Baumbewohner_innen berichtet. Einzig die grösseren Siedlungen, Baumhäuser die von mehreren Aktivist_innen gesichert werden konnten, überlebten diese ersten Tage.

Mobilisierung trotz staatlicher Sabotage

Die Mobilisierung hingegen begann anzulaufen, nach den ersten Pressemitteilungen setzten sich einige hunderte Umweltschützer_innen in Bewegung. Genug, dass die Einsatzkräfte des Staates ihren nächsten Trumpf aus der Tasche ziehen mussten: Die Stillsetzung des öffentlichen Personennahverkehrs im Braunkohlerevier wurde angeordnet. Als erstes wurden dazu die dem Hambacher Forst nächstgelegenen Bahnhöfe gesperrt. Wegen Überlastung musste die Statik geprüft werden. Züge die dennoch fuhren, führten die Angereisten direkt in die Polizeikontrolle. Die Ausweispflicht ermöglichte es den Polizist_innen hier schon verdachtsunabhängige Stichprobenkontrollen durchzuführen. Die Arrestzellen standen bereit, in denen bereits die ersten Aktivist_innen zwangsgereinigt und auf mitgeführte Gegenstände untersucht wurden.

Unterdessen wurde ein erbitterter Kampf um die öffentliche Meinung geführt, der erst mit dem Eintreffen unabhängiger Reporter_innen sachlich werden konnte. Während die Umweltschützer_innen auf ihren Kanälen weiter an die Vernunft der Grossindustriellen zu appellieren versuchten, wurde seitens der Polizeieinsatzkräfte unter jeder Baumwurzel eine tödliche Falle vermutet. Braunkohlegegner_innen, die sich in Tunnelsystemen im Hambacher Forst verschanzten wurden mithilfe von Diesellaggregaten ausgeräuchert, während die Ordnungskräfte von herabfallendem Reisholzern bombardiert wurden. Sicherungsseile von Aktivist_innen die sich auf Bäume fesselten wurden abgeschnitten, um diese zum Herabklettern zu zwingen, während die Polizei via Twitterfeed in ebenjenen Sicherungsseilen tödliche Fallen für Beamte zu erkennen wusste. Umweltverbände reichten Klagen ein, um Ameisen, Fledermäuse, seltene Erden und Bäume unter Schutz zu stellen, während die Politik auf den Schutz der Arbeitsplätze hinwies. Kein Hilferuf war verzweifelt genug, kein Schlag zu weit unter imaginären Linien.

Ein Journalist stürzt in den Tod

Alles fand ein jähes Ende, als ein unabhängiger Journalist auf Seiten der Aktivist_innen beim Sturz von einer Hänge-

brücke tödlich verunglückte. Kaum eine Woche war vergangen, seit die Räumungen begonnen hatten. Der grösste anzunehmende Unfall war eingetroffen. Die Polizei legte die Arbeit nieder, am folgenden Wochenende konnte man auch den ÖV nur schwerlich sperren lassen. Tausende Menschen kamen zum Forst, um in Waldspaziergängen an der Unglücksstelle ihr Beileid und Mitgefühl zu zeigen. Kirchengemeinden sprachen sich gegen die Rodungen aus. Und sogar die Politik musste eingestehen, dass ein Innehalten geboten war. Die Räumungen wurden vorerst ausgesetzt.



Trauerfeier für den zu Tode gestürzten Journalisten. Genau beobachtet von der Polizei.

Lorien fällt

Business ist Business, und so dauerte es nicht lange, bis die Maschinerie wieder auffuhr, und alles seinen gewohnten Gang nahm. Keine Woche Trauerzeit wurde den Angehörigen und Freund_innen gewährt, bevor die Räumungen wieder begannen. Mit neu gefundenem Aktivitätsdrang ging auch die Polizei wieder ans Werk, und räumte Baumhaus um Baumhaus. Die Nachrichten dieser Tage lasen sich wie Kriegsberichte, man hoffte ständig, es würde keine weiteren Tote geben, während die Methoden immer rabiater wurden. Und obwohl die Mobilisierung angelaufen war und am sonn-täglichen Protestcamp mittlerweile zehntausende von Menschen ihren Unmut über den überholten Zwang zur Braunkohleverstromung und über Zwangs-räumung einer freien Kulturgemeinschaft kund taten, war schon bald nur noch ein

Baumhaus übrig.

Lorien. benannt nach der neun Welt, einem Utopia, in das sich Tolkiens Elben zurückzogen, nachdem sie erkannt hatten, dass die alte Welt nun von den Menschen beherrscht wird. Die letzte Bastion des Widerstandes im Hambacher Forst. Grossmütig gingen sie damals im Roman, die alten weisen Elben, um den jungen Völkern die Welt zu überlassen. In unserer Welt zogen sich diese Elben nun auf den letzten verbliebenen Baum ihres Utopias zurück, da die Menschen, in die Frodos Freund_innen soviel Hoffnung gesetzt hatten, ihre neue Welt weg baggerten - für einen Apple-

Sticker am Heck des VW Golfs der Braunkohlekumpels und einen neuen Privatjet für den RWE Vorstand. Hunderte Aktivist_innen versammelten sich, um den letzten Baum zu schützen, doch sie stellten kein grosses Hindernis für die Polizei dar. „Es läuft alles besser als gedacht,“ liessen Polizei und Politik kurz nach ihrem Erfolg verkünden.

Ein Ruck ging durch die Bewegung. Das

letzte Baumhaus war gefallen. Kein Ausgang mit dem man nicht gerechnet hatte, aber die Hoffnung stirbt sprichwörtlich nun mal zuletzt, und für die Bewohner_innen des Hambacher Forsts war gerade eine Ära zu Ende gegangen. Und doch rieben sich nicht einfach die RWE Aktionär_innen die Hände - Der Protest war in der Masse angekommen. Und für die nächste Demonstration gegen den Tagebau Hambach wurden 50.000 Menschen erwartet.

Der nächste Teil handelt davon, wie es im Kampf um den Hambacher Forst weiterging und warum am Ende nicht gerodet wurde. Weiterhin berichten wir von den Grossdemonstrationen der Braunkohle-gewerkschaften gegen Umweltschutzverbände und den Antworten „Marximale Verwirrung“ und „No Jobs on a dead Planet“.

FSK

Und die Demo lief doch!

Wie schon 2016 entschlossen sich die christlichen Fundamentalist_innen um den „Marsch fürs Läbe“ (nachstehend MFL) dafür, erneut nach Bern zu kommen. Schon Monate zuvor hatte ein Bündnis Widerstand angekündigt. Was als kämpferische Gegendemo angekündigt war, entwickelte sich am 15. September zu einem Machtkampf der Polizei, des Gemeinderats und Aktivist_innen.

Bewilligung gibt's nicht

Eine Bewilligung für eine Gegendemonstration gegen den „Marsch fürs Läbe“ war nicht zu kriegen. Dies liegt an der „Schande von Bern“ 2007, wie es die bürgerlichen Medien betitelten. Damals endete eine geplante SVP-Demonstration auf dem Bundesplatz im Debakel für die Polizeileitung. Mitunter aus der bewilligten Platzkundgebung gegen die SVP lösten sich Demonstrant_innen, und blockierten erfolgreich die Route der SVP vom Bärengraben zum Bundesplatz. Die Polizei konzentrierte sich daraufhin auf diese Blockade und liess den Bundesplatz ungeschützt. So konnten einige der Gegendemonstrant_innen auf den Bundesplatz dringen. Dieser Vorfall kostete dem damaligen Polizeivorsteher das Amt. Polizei und Gemeinderat berufen sich heute noch auf dieses Ereignis und bewilligen daher generell keine Gegendemonstrationen mehr. Dies erscheint besonders lächerlich, da selbst in Chemnitz Gegendemonstrationen gegen die Faschist_innen stattfinden konnten.

Auch 2016 Gegendemonstration in Bern

Da sich der „Marsch fürs läbe“ angesichts des Widerstands nicht mehr auf Zürich traute, entschloss sich der MFL, in die für sie symbolträchtige Hauptstadt Bern zu kommen. Doch angesichts der recht gut organisierten linksradikalen und sozialrevolutionären Bewegung in Bern kam die Antwort der Stadt postwendend. Ein Marsch, also ein Demonstrationszug der Fundis, könne in Bern nicht „geschützt“ werden. Stattdessen solle es eine Platzkundgebung auf dem hermetisch ab-

geriegelten Bundesplatz geben. Schliesslich war zwar die Polizei mit einem Grossaufmarsch in der Stadt präsent, doch ungefähr 500 Gegendemonstrant_innen beteiligten sich an mehreren Demonstrationen und Störaktionen, während von den Fundis kaum jemand in der Stadt etwas mitbekam. Der „Marsch fürs Läbe“ verkam zu einem stehenden Privatanzug, abgeschottet von der Öffentlichkeit, während die Gegendemonstration ihre Inhalte



unter die Menschen bringen konnte, ohne dass es zu ernsthaften Konfrontationen mit der Polizei oder den Fundamentalist_innen kam.

2017 kein Marsch

Im Folgejahr war das OK des MFL nicht bereit, diese Schmach nochmals über sich ergehen zu lassen. Weder Bern noch Zürich waren aufgrund der jeweiligen Gegenproteste noch eine Option. Daher mobilisierte das OK nun auf Flüeli-Ranft im katholischen Kanton Obwalden. Da die Gemeinden jedoch keinen Bock auf ein riesiges Polizeiaufgebot hatten, wurde der Marsch 2017 dort nicht bewilligt. Stattdessen kam es zu dezentralen Bergwanderungen – auch wieder ohne Öffentlichkeitswirkung.

Comeback in Bern

Umso erstaunlicher war es daher, dass der MFL 2018 wieder auf Bern kommen wollte. Bis im Sommer schien sich die Stadt jedoch um eine Bewilligung des MFL zu drücken. Dann kam sie, jedoch

war der MFL nun um eine Stunde nach hinten verschoben worden. Die Vorbereitungen gegen den MFL hatten zu diesem Zeitpunkt schon lange begonnen, der erste Aufruf zu Gegenaktionen war bereits im März abgesetzt worden.

Ein Monat für die Selbstbestimmung

Das Jahr 2016 schien sich also zu wiederholen. Neu war jedoch, dass die Bündnisse „Bern stellt sich que(e)r“ und „Solothurn stellt sich que(e)r“ sich nicht einfach mit einer Gegendemo begnügten, sondern gleich in die Gegenoffensive gingen: Es drehte sich nun nicht mehr alles um die Demonstration, sondern gleichzeitig wurde ein ganzer Monat ge-

gen christlichen Fundamentalismus ausgerufen. So beschränkte sich das Bündnis nicht einfach auf die Kritik am MFL, sondern organisierte über 20 Veranstaltungen, Workshops etc. rund um die Themen Fundamentalismus, Sexualität, Abtreibung und Emanzipation generell.

Die Polizeigewalt am 1. September

Im Vorfeld lag die Vermutung nahe, dass auch 2018 die Stadt und die Kantonspolizei ähnlich agieren würden wie schon 2016: Hermetisch abgeriegelter Bundesplatz, tolerierte Gegendemonstration.

Doch dann kam die Nacht des 1. Septembers auf der Schützenmatte: Die Polizei marschierte mit einem Grossaufgebot vor der Reitschule auf und es kam zu einzelnen Auseinandersetzungen. Ganz wenige Polizist_innen waren leicht verletzt worden, auf der anderen Seite kam es zu dutzenden Verletzten. Die Nacht führte eines vor Augen: Die Polizei schreckt nicht davor zurück, Gewalt gegen eine Menge unbeteiligter Menschen einzusetzen. Was folgte, war

eine Medienschlacht zwischen Polizei und Aktivist_innen. Die Polizeigewalt war so massiv, unprovokiert und gut dokumentiert, dass sich selbst der Stadtpräsident Berns zur Aussage hinreissen liess, dass er von der Polizei grundsätzlich deeskalierendes Verhalten erwarte. Oder auf gut Deutsch: Selbst er dachte, dass der Polizeieinsatz provokativ und unangebracht war.

Was darauf folgte, war nicht einfach das übliche Rumgeheule der Polizei. Stattdessen schaltete sich der Polizeivorsteher des Kantons, Philippe Müller (FDP), und kritisierte die Stadt Bern für ihre lasche Haltung gegenüber des „Horts der Terroristen“, also der Reitschule. Nause, Amtsnachfolger des im Zuge der Krawalle 2007 abgesetzten Polizeivorstehers Hügli, schlug sich still aber prompt auf die Seite der Polizei(gewalt). Der Konflikt innerhalb des Gemeinderats tobte noch Wochen weiter – bzw. tobt wohl noch immer.

Niemand will die Faschist_innen

In der Woche nach den Auseinandersetzungen vor der Reitschule tauchte gleich das nächste Problem auf. Die faschistische *Partei national Orientierter Schweizer* PNOS hatte sich in einem PR-Stunt dazu entschlossen, mit ihren Gesinnungsgeschwistern des MFL gegen Abtreibung zu wettern. Das OK des MFL distanzierte sich zuerst nicht. Erst als der öffentliche Druck zu gross geworden war, wurde die PNOS offiziell eingeladen, auch wenn hohe PNOS-Kader als „Privatpersonen“ trotzdem am MFL teilnahmen.

Der Schaden war jedoch bereits angeordnet: für die Gegendemonstrant_innen bestätigte dies nur einmal mehr ihre Kritik am MFL. Es ist kein Zufall, dass sich in diesem Thema die Fundamentalist_innen und Faschist_innen finden. Schaut mensch Europa an, so gibt es enge Bande zwischen den europaweiten „Märschen fürs Leben“ und faschistischen Organisationen. So ist auch die AFD in Deutschland prominent an diesen antifeministischen Märschen gegen die Selbstbestimmung vertreten. Schlussendlich steigerte die PNOS mit ihrem PR-Gag nur die Gegenmobilisierung gegen den MFL.

Die Gegendemonstration wird verboten

Die PNOS-Mobilisierung spielte gleichzeitig auch der Polizei in die Hände. Mit der PNOS war der Zusammenstoss von Antifaschist_innen und Nazis eine Möglichkeit geworden. Der Gemeinderat kann es sich nicht leisten, seine Staatsöldner_innen, die erste Verteidigungs- und Unterdrückungslinie gegen die Bevölkerung, gegen sich aufzubringen. So verliess sich der Gemeinderat voll und ganz auf die polizeiliche Einschätzung der „Gefahrenlage“ und gab ihr gleichzeitig einen Blankoscheck, oder in seinen eigenen Worten: „Der Gemeinderat hat demzufolge die Kantonspolizei beauftragt, Störungen der öffentlichen Sicherheit zu unterbinden“. Ein heikles Unterfangen. Besonders in Bern hatte die KaPo heftige Kritik aufgrund ihrer Polizeigewalt eingesteckt, gleichzeitig genoss das Anliegen der Abtreibungsbefürworter_innen relativ grosse Sympathie in der Stadt. Nun hatte die Stadt den fundamentalistischen Spinner_innen eine Plattform gegeben und den gesunden Menschenverstand verboten.

In nur drei Wochen kippte der Gemeinderat unter Druck der Polizei von „friedliche Gegendemo: laufen lassen“ zu „Chaos: Versammlungsrecht aushebeln“. Die Polizei hatte einiges zu verlieren: Wenn sie die Gegendemo niederknüppeln würde, hätte sie erneut Öl ins Feuer gegossen. Wenn sie die Demonstration laufen lassen würde und nichts passiert, so stünde sie wie die grösste Idiotin vor dem Gemeinderat und der Bevölkerung da.

Enttäuschte Riot-Porn-Süchtige

Die Medien stiegen auf den Krawallzug auf und sahen schon die ganze Stadt brennen. Mit heller Aufregung erwarteten die Medien wie der Bund und Berner Zeitung sich gut verkaufende Bilder von brennenden Barrikaden und Verhaftun-

gen, schwarzen Blocks und eingeschlagenen Scheiben.

Doch am 15. September um 14.45 fehlte auf dem Bahnhofplatz jegliche Spur von den Black Blocks, so wie schon 2016, wie es zu erwarten war. In einem gewagten Manöver löste sich die Demonstration vom Bahnhofplatz und lief in die Länggasse. Mit allen Augen auf sie gerichtet, verharrte die Polizei in Untätigkeit: Zu bunt war der Haufen, zu wenig entsprach die Menge dem heraufbeschworenen Haufen von „gewalttätigen Chaoten“. Je



Gruss von der Polizei: Ein Polizist gestand, das Smiley auf ein Gummigeschoss gemalt zu haben. Die Polizei dementierte zuerst, dass es ein Polizist gewesen sei, da dies gegen die Richtlinien bzw. ihre Regeln sei.

weiter die Demonstration lief, umso mehr Menschen schlossen sich an. Als der Zug bei der Insel kehrte, war klar: Ein Kessel wäre schwierig, vor allem da die Polizei noch den Bundesplatz sichern musste. So konnten sich die Demonstrant_innen sogar bis zum an den Bundesplatz angrenzenden Bärenplatz bewegen und dort kurz Lärm machen. Es war auch die Furcht vor einem Polizeikessel – welche wohl nicht ganz unbegründet war – die den Zug sich schliesslich Richtung Zytglogge bewegen liess. Sehr überraschend ging dieser dann ein überaus heikles Unterfangen ein: Die Überquerung der Kornhaus- und der Lorrainebrücke. Die Demonstration endete vor der Reitschule, etwa zu jener Zeit als sich der MFL mit seinen abgeschirmten Bussen wieder davon machte. Wohl auch deshalb

(Fortsetzung auf Seite 12)

Und die Demo lief doch (von Seite 11)

machte sich die Polizei bereit, einen Kessel um die Reitschule aufzubauen, so wie sie es bereits während den Effi-29-Protesten im Februar 2017 getan und geübt hatte.

„Lauf für die Selbstbestimmung“

Was ist also von der Gegendemonstration zu halten? Wurde das Ziel erreicht, den Fundis die Suppe zu versalzen? Eine eindeutige Antwort gibt es wohl nicht darauf. Das Ziel, den Marsch zu stören wurde nur teilweise erreicht. Die Demonstration hielt sich nicht gerade lange auf dem Bärenplatz auf. Jedoch gelang es wie schon 2016, dass der MFL von der Polizei isoliert wurde: Es gab keinen freien Zugang mehr zum Bundesplatz, der Bärenplatz war sogar noch weiter abgesperrt als vor Zwei Jahren. Statt Gittern gab es nun sogar Sichtschutzwände. Dem MFL gelang es so nicht, seine rückständigen und patriarchalen Inhalte an die Menschen in

der Stadt selbst zu bringen. Andererseits gelang es *Bern stellt sich que(e)r* nicht nur, ihre Demonstration trotz Verbot durchzuführen, sondern konnte durch die Innenstadt und zwei Quartiere laufen und gleichzeitig mit ihren Flyern ihre Inhalte teilweise unter die Menschen zu bringen. Gleichzeitig war es ein Zeichen der Stärke: Der angedrohten Polizeigewalt zum Trotz wagten sich über 1000 Menschen in die Stadt und liessen sich nicht von den bezahlten Staatssöldner_innen einschüchtern. Dies, obschon an der Afrin-Demo im April über 200 Menschen verhaftet worden sind und hunderte mit Strafanzeigen rechnen müssen. Es ist erfreulich zu sehen, dass sich so viele Menschen nicht von Repression abschrecken lassen.

Blamage für die Polizei

Die Kantonspolizei hatte sich die Demonstration als Schlachtfeld der Machtdemonstration ausgesucht, einerseits gegenüber dem Gemeinderat, andererseits

gegenüber der antiautoritären Bewegung in Bern. Nause deutet selbst an, dass die Polizei von der anfänglichen Route in die Länggasse überrascht war. So ging das Kalkül der Polizei nicht auf. Die Polizei versprach zwei Sachen: Wenn die Demonstration nicht polizeilich unterbunden würde, dann würde es zu Gewalt kommen. Zweitens, dass die Polizei deswegen sämtliche Bemühungen einer Demonstration unterbinden würde. Beides ist nicht eingetreten: Die Demonstration lief und es kam zu keiner Gewalt, wie schon vor zwei Jahren. Es hatte sich nichts geändert, weder in der Mobilisierung, noch in der Absicht des Demo-OK. Dennoch schrie die Polizei „Wolf!“. Hoffentlich hört der Gemeinderat in Zukunft nicht mehr auf die Polizei, denn diese hat schon zu oft bewiesen, dass ihre Einschätzungen weltfremd sind. Deshalb stellt sich die alte Frage: Ist die Polizei nun einfach nur böseartig repressiv oder schlicht dumm? Eine angenehme Vorstellung ist beides nicht...

FAT

Landesstreik 1918 Teil 2: Die Konfrontation bahnt sich an

(Fortsetzung von Seite 2)

Die Matrosen Kiels schlossen sich mit den hungernden Arbeiter_innen zusammen. In Kürze traten die ersten Soldat_innen- und Arbeiter_innenräte zusammen und forderten Frieden, Brot und Mitbestimmung. Zwar hatte Deutschland bereits die Oktoberreformen eingeleitet, welche in eine demokratische Monarchie münden sollten, doch das reichte der Bevölkerung – im Gegensatz zur Spitze der Mehrheits-SPD (MSPD) und den Bürgerlichen – nicht. Die Bevölkerung forderte eine parlamentarische, wenn nicht gar eine sozialistische Räte-Republik. Kurzerhand breiteten sich anfangs November Unruhen und schliesslich die Revolution rasend über das kriegsmüde Land aus.

Während sich Deutschland vorerst noch als eine einheitliche Nation halten konnte, sah dies in der Habsburger Doppelmonarchie Österreich-Ungarn anders aus: Am 24. Oktober sagte sich Ungarn offiziell los, bis Ende Oktober folgten etliche andere Länder und Provinzen des späteren Jugoslawiens. Ende Oktober war der ehemalige Vielvölkerstaat Geschichte. Der Monarch regierte noch (kurz) über



Die Novemberrevolution in Deutschland fegt die Monarchie weg: Friedliche Übergabe einer Kaserne in Berlin an die Revolutionär_innen.

einen Rumpfstaat. Damit war jedoch auch Mitte November definitiv Schluss.

Die Töne werden härter

In der Paranoia, dass nach Österreich(-Ungarn) und Deutschland auch in der Schweiz die Revolution ausbrechen könnte, wurde die Arbeiter_innenbewegung zunehmends von einer speziell dafür gegründeten politischen Geheimpolizei überwacht. So entging auch nicht ein harmloser Aufruf für eine Feier anlässlich

des Jahrestags der russischen Revolution. Die Sozialistische Presse verstieg sich im Aufruf zu folgenden Worten: „Schön rötet die nahende Revolution den Himmel über Zentraleuropa. Der erlösende Brand wird das ganze morsche, blutdurchtränkte Gebäude der kapitalistischen Welt erfassen“. Dies nahmen viele bürgerliche als Indiz, dass schon bald der Umsturz und die proletarische Revolution kommen würden. Die Bankiers von Zürich hatten schon im Zuge des Streiks des Bankpersonals die Landesregierung aufgefor-

dert, mit mehr Härte gegen die Arbeiter_innen vorzugehen.

Das Militär unter Ulrich Wille, einem ausgesprochenen Verehrer Preussens bzw. des deutschen Kaiserreichs, machte seinerseits Vorbereitungen für die gewalttätige Niederschlagung sämtlicher linker Regungen. Verschwörungstheorien über fremde Mächte besonders der Bolschewiki, welche die Arbeiter_innen leiten würden, vermischen sich bei Bürgerlichen mit dem Glauben an Autorität und dem Klassenkampf von oben. Wille wusste dies zu nutzen. Das drohende Kriegsende bedeutete auch eine anstehende Demobilisierung der Armee und ein Ende der diktatorischen Sonderbefugnisse von Bundesrat und Militär, wodurch sich die Armee angespornt sah, noch ein letztes Mal ihre Muskeln spielen zu lassen. Gerade das von Unruhen geschüttelte Zürich wurde in den Fokus genommen. Einerseits um ein Exempel an der Stadt zu statuieren, andererseits da die Arbeiter_innen dort noch am ehesten mit einer grundlegenden Revolution sympathisierten bzw. teilweise auch mit einem bewaffneten Konflikt wie in Russland liebäugelten.

Wille und das Militär preschen vor

Der autoritäre General Wille baute das Bild der „bolschewistischen Bedrohung“ auf, auch wenn er selbst nicht an Umsturzpläne glaubte. Willes Begehren einer militärischen Besetzung Zürichs wurden dreimal vom Bundesrat abgelehnt, auch vom Zürcher Regierungsrat selbst. Eine solche Provokation würde nicht gut enden, meinte der Regierungsrat. Wille zog darauf unter dem fadenscheinigen Grund „die Grenze zu verstärken“ ein Infanterieregiment von Zürich ab. Panisch ob ihrer Schutzlosigkeit rief nun die Kantonsregierung Zürich den Bundesrat an, ihr Truppenschutz zu gewähren. Wille hatte durch seine Intrige also doch noch seine militärische Besetzung Zürichs erreicht, welche am Mittwoch dem 6. November erfolgte. Als Platzkommandant Zürichs abgestellt wurde Emil Sonderegger, Mann harter Linie und späterer Nazi-Frontist. Er liess die Jahresfeier für die russische Revolution verbieten, stellte schweres Geschütz auf und bereitete das Militär auf bürgerkriegsähnliche Zustände vor. Gleichzei-

tig entmachteten Wille und Sonderegger den Regierungsrat und machten klar, dass das Militär nun für Recht und Ordnung zuständig sei, ohne Eingriffe durch die „demokratisch“ gewählte Regierung. Rekrutiert wurde die Armee aus staatsstreuen Gebieten, vor allem den ländlichen und westschweizer Regionen². Arbeiter_innen aus den Städten wurden aus Angst vor Meutereien wie in Deutschland nicht nach Zürich geschickt. Die Regierung hatte aus vergangenen Debakeln gelernt, bei denen lokale Militärs den Befehl verweigert hatten³. Das Truppenaufgebot für Zürich, welches 8'000 Truppen umfasste, wurde zuerst von den Arbeiter_innen missverstanden; man dachte, es handle sich tatsächlich um Grenzverstärkungen gegen die anrollende Deutsche Revolution. Erst als das Militär am 6. November

durch die Strassen zog, war klar, dass die Stadt gerade besetzt wurde. Für die eher revolutionäre Arbeiter_innenschaft in Zürich war nun die Zeit gekommen, ihre Pläne zum erneuten Generalstreik umzusetzen. Denn im Gegensatz zum OAK hatten sie diese Idee und deren Vorbereitungen in der Zwischenzeit nicht fallen gelassen. Leider hatte Wille bereits damit gerechnet bzw. wollte genau das erreichen: Die Arbeiter_innen zum Kampf herauslocken, bevor sich der Konflikt spontan – und somit für die Regierung unvorbereitet – entladen konnte.

Das Exempel von Zürich

Die Besetzung Zürichs war von Seiten des Militärs vor allem eines: eine abschreckende Machtdemonstration. Daran liess die Befehle, welche General Ulrich Wille seinem Untergebenen Sonderegger erteilte, keine Zweifel übrig. Es ist die Rede von einer schwachen Stadt- und Kantonsregierung, welche zu lasch gegen die Revolutionär_innen vorgegangen sei. Dies ändere sich nun. Wille entschied sich dabei für starke Militärpräsenz: „Lassen Sie [Sonderegger] Ihre Truppen zum Beziehen der [Truppenunterkünfte] durch die Stadt ziehen, und zwar auf eine Art, die imponiert“. Weiter legte Wille nahe, alle „unruhigen Elemente“ präventiv festzunehmen⁴ und erwäge auch, das Volkshaus zu besetzen und die Zeitung *Volksrecht* einzustampfen.

In Emil Sonderegger fand Wille einen Offizier, der seinen Hang zur preussischen Militärdiktatur, wie sie im Ersten Weltkrieg vorherrschte, teilte. Sondereggers Zeit in Zürich war geprägt von einschüchternden öffentlichen Aushängen à la ‚Arbeitende: macht einen falschen Schritt und ich stell euch alle an die Wand‘.

Aus Protest gegen die Mobilmachung der Armee verkündete das OAK am Abend der Zürcher Besetzung durch den Staat für den 9. November einen 24-stündigen

⁴ Der Staat führte schon länger solche Verhaftungslisten für den Fall eines Landesstreiks oder Unruhen.

An die Einwohnerschaft der Stadt Zürich.

Unsere Truppen sind mit Handgranaten ausgerüstet. Sie haben Befehl sie zu gebrauchen, wenn aus Fenstern und Kellerlöchern geschossen wird. Die Truppe weiss, dass auf blosser Vermutung hin, dass aus einem Fenster geschossen worden sei, keine Handgranate verwendet werden darf. Wo aber einwandfrei feststeht, dass aus Häusern geschossen worden ist, wird das Handgranatenwerfen zur befohlenen Pflicht.

Zürich, 11. November 1918.

Kommando der Ordnungstruppen für Zürich:

Oberstdivisionär Sonderegger.

Original-Aushang des Militärs in Zürich. Solche Gewaltandrohungen waren gängiges Mittel Emil Sondereggers, welcher ganz im Sinne des Generals Ulrich Wille handelte.

² Die Romandie war später zwar auch beteiligt am Landesstreik, dies jedoch eher zögerlich. Die grosse Ablehnung der Romandie gründete auch darauf, dass manche im OAK entweder bolschewistische oder deutsche Agent_innen sahen, welche nun die Siegermächte ins Chaos stürzen wollten. Die Bevölkerung der Romandie fühlte sich grob gesagt durch die Nähe zu Frankreich eher den Entente-Mächten verbunden.

³ Zumindest der Bundesrat wusste das: Der Zürcher Regierungsrat hatte anfänglich gebeten, vorwiegend Zürcher Wehrpflichtige aufzubieten. Dies hätte für die Regierung fatale Meutereien bedeuten können. Denn schon beim Genfer Generalstreik 1902 meuterte ein Viertel der Soldaten, welche selbst aus Genf stammten.

(Fortsetzung auf Seite 14)

Landesstreik Teil 2 (von Seite 13)

gen Protestgeneralstreik. Gerade die Arbeiter_innenunion Zürichs störte sich an mehreren Punkten dieses Streiks: Er war zeitlich begrenzt, umfasste nur 19 Orte und war auf einen Samstag gelegt worden, also würde der Protest-„Streik“ vielerorts nur einen halben Tag dauern. Zudem waren die Zürcher Arbeiter_innen mehrheitlich der Meinung, dass die Zeit befristeter Streiks nun vorbei sei.

9. November: Novemberrevolution und Proteststreik

Am Morgen des besagten 9. Novembers wurde der Kaiser Deutschlands abgesetzt und die Mehrheitssozialdemokrat_innen (MSPD) kamen an die Macht. Am Nachmittag rief deren Abspaltung, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD), um 16.00 Uhr mit Karl Liebknecht die Räterepublik aus. Um der USPD zuvorzukommen, rief die MSPD mit Scheidemann um 14.00 Uhr die parlamentarische Republik aus. Dies sehr zum Missfallen der Parteispitze der MSPD, da diese wie gesagt mit einer parlamentarischen Monarchie vollends zufrieden gewesen wäre und eigentlich keine alles umwälzende soziale Revolution wollte⁵.

Am 9. November rollte also der eintägige Proteststreik in der Schweiz an. Angesetzt war er für 19 Industrieorte im ganzen Land, jedoch beteiligten sich daran grosse Teile Biels, Genfs, Lausannes und St. Gallens nicht. Dafür kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen in Thun, Wädenswil, St. Imier und Richterswil. In der Maschinen- und Metallarbeits-Industrie kam es zu einer Beteiligung von 70%.

In Zürich wurden auf Geheiss der Arbeiter_innenunion die lebenswichtigen Betriebe wie Elektrizitätswerke ausgelassen und unter Arbeiter_innenkontrolle gestellt. Es wurde ein generelles Alkohol-

verbot erteilt. Obschon der Tramverkehr tagsüber noch durch freiwillige Streikbrecher_innen anlieft, stellte die Stadt diesen nach mehreren Tumulten wieder ein. Nebst dem Militär bildeten sich auch bürgerliche Abwehrkolonnen. Sonderegger betonte derweil, dass er vorhabe, für Recht und Ordnung zu sorgen. Und wenn es zu Toten kommen sollte, so sei dies die Schuld der Getöteten, nicht ihrer Mörder in Militäruniform. Gleichzeitig beschwerte er sich bei Wille, dass Wildbolz, der Platzkommandant von Bern, nicht mit gleicher Härte vorgegangen war.

Zürich streikt weiter

Auch angefeuert von den sich ausbreitenden Revolutionen in ihrer Nähe erklärte die Arbeiter_innenunion in Zürich am Morgen des 10. November die unbefristete Fortsetzung des Generalstreiks. Gleichentags kam es zur verbotenen Feier der Oktoberrevolution: Trotz Verbot sammelten sich Zehntausende auf dem Frauenmünsterplatz. Soldaten schossen ohne Provokation in die Luft und auf den Boden, 4 Personen wurden durch Querschläger verletzt, ein Soldat wurde von bis heute unbekannter Seite erschossen, wahrscheinlich durch

folgten kurz darauf. Die Streikbewegung wuchs und wuchs, und widersetzte sich so schleichend dem selbsternannten „obersten Organ der Arbeiter_innen“, dem OAK. Das OAK versuchte unterdessen auf Zürich einzuwirken, Man solle es doch beim eintägigen Proteststreik belassen. In dieser Situation wurde dem OAK klar, dass es die Kontrolle und Führung über die Streikbewegung zu verlieren drohte. Im Nordosten wurde das OAK als reaktionäre Kraft und dessen Mitglieder teilweise als Verräter_innen verschrien, in der Romandie – welche sich grösstenteils eher der Entente und den Siegermächten nahe fühlte – wurde es als Agent Deutschlands gesehen.

Der Generalstreik in Zürich war ein klares Zeichen, dass Zürich das OAK nicht mehr als Führungsorgan anerkannte. Dem OAK dämmerte langsam, wenn es nicht mit der Ausrufung des Landesgeneralstreiks nachziehen würde, es der aufstrebenden linksradikalen Bewegung um Kommunist_innen, Anarchist_innen und anderen Sozialrevolutionären, das Feld überlassen würde. Die letzte Chance, die Kontrolle zu behalten, lag somit in der Ausrufung des landesweiten Generalstreiks.



Die auch noch heute geführte Debatte über Drogenkonsum war schon 1918 ein Thema unter Aktivist_innen: Nicht nur Sozialdemokrat_innen waren dem Alkohol kritisch eingestellt, auch die Revolutionären in Zürich hatten für den Generalstreik ein Alkoholverbot verhängt.

einen Querschläger. Darauf wurden die grossen Städte in einen kriegsähnlichen Belagerungszustand versetzt.

Der Generalstreik erfasste bald auch die Zürcher Eisenbahner_innen, Winterthur und Rapperswil. Die Kantonskartelle

Im 3. Teil wird es um den unbefristeten, und kurzen Landesgeneralstreik selbst gehen. Und auch darum, warum dieser ein grosses Fiasko für die Arbeiter_innenbewegung darstellte.

⁵ Schlimmer noch: Die MSPD schlug Hand in Hand mit den Bürgerlichen sämtliche fortschrittlichen Revolutionsversuche in Deutschland blutig nieder. So fiel auch die Münchner Räterepublik unter den Waffen der MSPD. Die MSPD scheute sich auch nicht davor, die Hilfe der rechtsextremen Freikorps, den Vorläuferinnen der nazionalsozialistischen *Sturmabteilung* SA und weiteren faschistischen Banden anzunehmen.

Der Gefangene

Ich hab's mein Lebtage nicht gelernt,
 mich fremdem Zwang zu fügen.
 Jetzt haben sie mich einkasert,
 von Heim und Weib und Werk entfernt.
 Doch ob sie mich erschlügen:
 Sich fügen heisst lügen!

Ich soll? Ich muss? – Doch will ich nicht
 nach jener Herrn Vergnügen.
 Ich tu nicht, was ein Fronvogt spricht.
 Rebellen kennen bessere Pflicht,
 als sich ins Joch zu fügen.
 Sich fügen heisst lügen!

Der Staat, der mir die Freiheit nahm,
 der folgt, mich zu betrügen,
 mir in den Kerker ohne Scham.
 Ich soll dem Paragraphenkram
 mich noch in Fesseln fügen.
 Sich fügen heisst lügen!

Stell doch den Frevler an die Wand!
 So kann's euch wohl genügen.
 Denn eher dorre meine Hand,
 eh ich in Sklavenunverstand
 der Geißel mich sollt fügen.
 Sich fügen heisst lügen!

Doch bricht die Kette einst entzwei,
 darf ich in vollen Zügen
 die Sonne atmen – Tyrannei!
 Dann ruf ich's in das Volk: Sei frei!
 Verlern es, dich zu fügen!
 Sich fügen heisst lügen!

- Erich Mühsam

anarchistischer Revolutionär,
 1918 beteiligt an der Münchner Räterepublik,
 1934 im KZ Oranienburg ermordet

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichten und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich, wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

abonnieren?

Einsenden an:
 di schwarzi chatz
 c/o FAU Bern
 Postfach 2368
 3001 Bern
 oder:
 zeitung@faubern.ch

- Ich möchte di schwarzi Chatz abonnieren (ungefähr 6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für InfoLäden, Beizen und Weiterverleiher_innen haben wir spezielle Abos: Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:



di schwarzi chatz
 Zeitung der Freien Arbeiter, Jünger*innen in der Schweiz

8 Stunden sind (mehr als) genug!
 132 Jahre sind es her, dass in Chicago für den Arbeiterkampf die ersten Streikposten errichtet wurden. 8 Stunden für den Arbeitstag.



Die Arbeiter*innen in der Schweiz sind heute stolze Mitglieder der Gewerkschaften. Sie kämpfen für ihre Interessen und für eine gerechtere Welt. Die Arbeiter*innen in der Schweiz sind heute stolze Mitglieder der Gewerkschaften. Sie kämpfen für ihre Interessen und für eine gerechtere Welt.

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Arbeitslosigkeit

Anmeldung

Wer Arbeitslosengeld beziehen will, muss sich spätestens am ersten Tag ohne Arbeit mit folgenden Dokumenten beim Gemeindearbeitsamt anmelden. Mitnehmen musst du:

- AHV-Karte
- Kündigungsbrief, Arbeitsvertrag, Zeugnisse
- Ausweispapiere
- Aufenthaltsbewilligung oder Niederlassungspapiere
- Nachweis der Arbeitssuche während der Kündigungsfrist: Wenn du nicht beweisen kannst, dass du bereits während der Kündigungsfrist eine neue Arbeit gesucht hast, werden dir Taggelder abgezogen (sogenannte Einstelltage)!
- Formular „Meldung bei der Wohngemeinde“, sofern die Erstanmeldung nicht beim RAV erfolgt ist.

Wer die Arbeitslosenentschädigung nicht über die öffentliche Kasse abrechnen lassen will, muss sich gleichzeitig bei einer privaten Kasse (z.B. gewerkschaftliche Kasse) anmelden.

Wenn du selbst gekündigt hast

Grundsätzlich bestraft das Arbeitsamt eine freiwillige Kündigung mit Einstelltagen. Wenn du aber nachweisen kannst, dass du kündigen musstest, z.B. aus gesundheitlichen Gründen, dann kann auf Einstelltage verzichtet werden. Du brauchst dazu aber unbedingt ein Arzzeugnis oder andere Beweise für den angegebenen Kündigungsgrund. Lass dich vor einer Kündigung beraten.

Wer ist versichert?

Die Entschädigung funktioniert nach dem Versicherungsprinzip: wer in den letzten zwei Jahren während mindestens zwölf Monaten erwerbstätig war, d.h. Versicherungsbeiträge bezahlt hat, hat Anrecht auf Arbeitslosengeld. Auch Tage an denen du wegen Krankheit, Schwangerschaft, Unfall oder Militärdienst nicht arbeiten konntest, gelten als Beitragszeit. Das Taggeld beträgt 70% des versicherten Verdienstes. 80% des versicherten Verdienstes erhalten

Personen, die

- Unterhaltspflicht gegenüber Kindern haben
- Ein volles Taggeld von weniger als 140.- haben
- Invalid sind

Achtung: Es gelten unter ein paar Voraussetzungen grosszügigere Bestimmungen (z.B. längere Taggelder): Wenn du in den letzten 2 Jahren während 18 Monaten gearbeitet hast und über 55 Jahre alt bist oder wenn du bald ins AHV-Alter kommst oder wenn du eine IV- oder Suva-Rente beziehst oder eine solche beantragt hast, gelten grosszügigere Regelungen und du kannst länger Taggeld beziehen.

Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, kann in folgenden Fällen trotzdem als Beitragsbefreite_r Entschädigung erhalten:

- Nach Abbruch oder Abschluss einer Ausbildung
- Nach Entlassung aus einer Strafanstalt
- Nach Rückkehr aus dem Ausland
- Nach Ablauf von Kranken- oder Unfallentschädigung
- Notlage nach Tod oder Invalidität des Ehepartners
- Nach Trennung oder Scheidung
- Bei Wiedereinstieg in Erwerbstätigkeit nach Erziehungsunterbruch

Achtung: Beitragsbefreite erhalten nicht 70% oder 80% des versicherten Verdienstes, sondern eine feste (meist tiefere) Pauschale!

Selbstverschuldete Arbeitslosigkeit

Wenn du selber gekündigt hast, dir wegen einem Fehlverhalten gekündigt wurde, du während der Kündigungsfrist keine oder nicht genügend Arbeit gesucht hast, oder wenn du eine zumutbare Arbeit ablehnst, spricht die Versicherung von „selbstverschuldeter Arbeitslosigkeit“ und zieht dir Taggelder ab (Einstelltage, bis maximal 60 pro Vergehen)! Alle Entscheide können innerhalb von 30 Tagen schriftlich angefochten werden. Lass dich in so einem Fall unbedingt beraten!

Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 400
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch